

Halle und Umgebung.

Halle, den 14. Januar 1922.

Die geplante Erhöhung der Gewerbesteuer auf 2068 Prozent

hat in den Kreisen unserer Gewerbetreibenden eine Bewegung ausgelöst, durch die man das Zulandekommen der überaus hohen Steigerung noch verhindern zu können hofft. — Seine nachmittags hält der Arbeitgeberverband im Saale von Mars la Tour eine Protestversammlung ab, an der er die Gewerbetreibenden aller Art sowie die Stadtverordneten eingeladen hat.

Inzwischen haben sich aber durch die Beratungen der Fraktionen die Aussichten für die Annahme der Magistratsvorlage außerordentlich verschlechtert. So können wir mitteilen, daß man in den Reihen der Deutsch-Demokraten entschlossen ist, den gemauerten Antrag von 663 auf 2068 Prozent, so sehr man den Geldbedarf der Stadt anerkennt, nicht mitzumachen. Man wird durch einen Vorstoß auf mittlerer Linie die Vorlage zu erfassen versuchen. Und weiter hat die Fraktion der Unabhängigen, deren Mitglieder im Haushaltsausschuß zunächst dafür stimmen, Ablehnung beschließen. Durch diese Gegenkraft der beiden stärksten Fraktionen sind die Chancen der Vorlage auf Null gesunken.

Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie.

Wie bekannt hatten die Metallarbeiter Anfang Dezember auf die am 5. September festgesetzten Grundlöhne einen 100prozentigen Zuschlag gefordert. Die Arbeitgeber lehnten diese Forderung ab, und man erregte die öffentliche Aufmerksamkeit durch die am 7. Dezember bis zum 7. Januar geführte Streikbewegung.

Zum 7. Januar haben nun die Metallarbeiter ihre alte Forderung erneuert und zwar in Form eines Ultimatum, das die Arbeitgeber bis heute Mittag 12 Uhr anzunehmen hätten, andernfalls die härtesten Maßnahmen ergreifen würden. Die Arbeitgeber haben die ohne jede nähere Begründung gestellte Forderung abgelehnt — unter Hinweis auf die für die Forderung ermittelten Untersuchungen. Inzwischen haben sich die Metallarbeiter an den Schlichtungsausschuß gewandt, der wahrheitsgemäß am Dienstag kommenden Woche zusammenzutreten wird. Eine Streikgefahr — denn eine solche hätte man in den angeordneten härtesten Maßnahmen zu sehen — besteht also vorläufig nicht mehr.

Die Forderungen der Metallarbeiter stellt folgendes Beispiel: ein 24jähriger Fabrikarbeiter erhält nach dem gegenwärtigen Tarif 6.— Mark Grundlohn, der sich durch die Forderungszugänge auf 8,95 Mark Mindestlohn erhöht. Der neue Mindestlohn würde nunmehr 6,00 + 6,00 = 12,00 Mark pro Stunde betragen.

Zur Frage der Konkurrenten

Zur Frage der Konkurrenten erhalten wir von der Schlichterkommission folgende Mitteilung: Die städtischen Konkurrenten haben über die Anzahl der anzustellenden Konkurrenten noch nichts Bestimmtes beschlossen. Falls sich auch die in der Presse verbreitete Ansicht, daß den Lehrkörper ein Vorrangrecht zustehe und daß die meisten Lehrstellen durch gleiche Teilnahme ihrer Kandidaten repräsentiert werden. Unter Ziffer II der Ausführungsanweisung zum Volksschulbedienstetenenengesetz vom 17. Dezember 1909 heißt es vielmehr ausdrücklich: „Die Konkurrenten sind nach Anhörung — nicht auf Vorbehalt des beteiligten Lehrkörpers zu befragen.“ Die meisten Lehrstellen haben bisher davon abgesehen, bestimmte Kandidaten namhaft zu machen, sich vielmehr auf den Wunsch beschränkt, daß die Besetzung der Stellen möglichst nach dem Dienstalter erfolgen möge. Da es sich nicht um tatsächlich neue Stellen, sondern lediglich um Beförderungen innerhalb der vorhandenen Schulstellen handelt, kommt eine Beratung auswärtiger Kräfte durch die Bezirksregierung nicht in Frage. Die Wahl erfolgt, nachdem die städtischen Konkurrenten die erforderlichen Mittel bereitgestellt haben werden, nach Anhörung der Lehrkollegien und der Schuldeputation durch den Magistrat. Die Bezirksregierung hat das Ernennungsrecht. Ueber die Anzahl der zu Ernennenden kann erst Befehl gegeben werden nach Erheben der zur Zeit in Untersuchung begriffenen Ausführungsanweisung zum Volksschulbedienstetenenengesetz.

Protest des Verein zur Förderung des Gemüthbaues in Kleingärten.

Die am 11. Januar im Vereinslokal Schrebergärten-Süd tagende Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung des Gemüthbaues in Kleingärten beschäftigte sich neben anderem auch mit der vom Magistrat angebotenen Kündigung. Es wurde einstimmig beschlossen, daß der Magistrat dem Verein das Gelände verpachtet und jetzt, nachdem es zu Kleingärten eingerichtet ist, solle es wieder außer Betrieb gesetzt werden. Nach lebhafter Debatte wurde zum Schluß folgende Entschliebung einstimmig angenommen. Die dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zugestellt werden wird. Durch Erwerb von Gemüth. Das ist, um hoffen wir die hittere Not unserer Familien zu lindern, durch Arbeit in Luft und Licht Gesundheit und Lebensfreude bei uns und unsern Kindern zu fördern, was uns gelingen würde, wenn der Plan 103 aus Befehl wird. Es wird berichtet, daß wohl allgemein, menschlichem Gemüth, aus dem Land jetzt wieder entziehen zu wollen, nachdem wir es durch Düngung fruchtbar gemacht, Bäume und Sträucher gepflanzt und noch einzelner Ertrag erzielt haben.

Wie sollen wir unseren Verpflichtungen betr. Einzünung und Wasserleitung nachkommen? Was soll aus dem geplanten Pflanzmaterial an Bäumen und Sträuchern werden, deren Erträge zur Behebung unserer Lebensbedingungen dienen sollten?

Unter Anerkennung der wichtigen Aufgabe, Wohnungen zu schaffen, hoffen wir doch, keine Schritte zu tun, wenn wir beauftragen, eine Kommission zu bilden, die sich mit unserer Angelegenheit befaßt, die eine Befristung der auszuführenden Arbeiten in unserer Anlage vornimmt, die ferner den Stadtplan daraufhin prüft, ob nicht anderes Gelände bereit gestellt werden könnte. Wir bitten, in diese Kommission drei Vertreter unseres Gewerks zu ernennen, von denen wir einen zu bitten und schlagen dafür: Herr Schmidt, Koblenzstr. 60, Herr Grapow, Marienb. Str. 61, Herr Lehmann, Beethovenstr. 68.

Endlich bitten wir, unsere Angelegenheit möglichst zu regeln, damit die bevorstehenden Frostarbeiten nicht beeinträchtigt werden und kann den Mitgliedern noch mehr Schaden entstehen.

In der deutsch-demokratischen Stadtverordnetenfraktion hat man sich längst mit der Sache schon beschäftigt und man stellte sich allgemein auf den Standpunkt, daß die Kleinpächterhablos gefallen werden müssen. Es steht zu hoffen, daß auch der Magistrat einen solchen Standpunkt einnimmt.

Vereins- und Versammlungs-Kalender der Deutschen demokratischen Partei.

Diens., 17. Januar, abends 8 Uhr, im „Schultheiß“-Ausschuß, Marienburgerstr. 10, Bezirksverein „Süd“; Hauptversammlung.

Donnerstag, 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in der „Wörte“-Frauen-Gruppe, Herr Rektor Haase ist über „Volksschule und staatsbürgerliche Erziehung“.

Donnerstag, 19. Januar, abends 8 Uhr, im „Kloster“-Ausschuß, in der „Kriegs- und Angelegenheiten der Tagesordnung: 1. Bericht über Zusammenkunft der Parteimitglieder in der Partei. 2. Bericht über Parteimitglieder in Berlin. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Beschluß über finanzielle Selbsthilfen. 5. Organisations- und Propagandabefragungen. 6. Berichtbeleg.

Sonntag, 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Schultheiß-Ausschuß, Marienburgerstr. 10, allgemeine Vorstandssitzung und Vertrauensanerkennung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage (Mitschick und Ausschuß). 2. Herr Abg. Dr. Schreiber. 3. Zeit und Ort der Einlieferung der Mitgliederbeiträge. 4. Agitation, Organisation, Presse.

Zur eine kurze Kälteperiode.

Nach einer um die Wende der Vormoede erfolgten vorübergehenden Abkühlung, die einige Tage hindurch möglich, hellenweise aber auch noch strenge Kräfte brachte, trat von neuem in Mitteleuropa Tauwetter ein, unter dessen Einfluß es bis in die letzten Tage hinein trüb, regnerisch und sehr veränderlich blieb. Sonabend vor drei Tagen war nach dem König der tiefen Sturmwind aus der Ostsee herüber, der einen Anstich hoher Luftdruck nach Mitteleuropa gelangt und hatte die Temperaturen überall bis unter den Gefrierpunkt herabgedrückt. In Breslau kamen 18, in München 16, in Karlsruhe 13 Grad Kälte vor, und auch im ganzen deutschen Nordosten lagen die Temperaturminima zwischen 10 und 14 Grad. Hier kamen auch noch schneefreie Winterhitze, infolge des fortwährenden Frostes natürlich in Schneekorn vor, so daß zu Beginn der Woche in einem Teil Winterkommerns eine mehr als 10 Zentimeter hohe Schneedecke lag. Die kalte Witterung war jedoch nur eine ganz vorübergehende Erscheinung; denn schon in der Nacht zum Montag brang ein weit nach Südosten vorgeschobener Ausläufer einer neuen nordatlantischen Depression tief in den Kontinent und verurteilte zugleich mit einer Drehung der Winde nach Südwesten überall ziemlich ergiebige Schneefälle, so daß Montag früh die Höhe der Schneedecke stellenweise 15 Zentimeter überstieg. Gleichzeitig hatte die westliche Strömung aber auch die Temperaturen noch empfindlicher fallen, so daß in Wien früh mit Ausnahme des deutschen Nordostens schon überall wieder um einige Grad den Gefrierpunkt überstieg. Infolge dessen fielen die weiteren Niederschläge in Form von Regen, und während das nordwestliche Minimum unter 75 Millimeter Tiefe gegen die nordöstliche Küste vorrückte, nahmen die Temperaturen rasch zu und stieg so, daß die Dienstag früh in Wien und Säben bereits 40 Grad erreicht. Nur an der Ostküste des Baltes herrschte bei Schneefall noch leichter Frost, der, nachdem das Minimum Wilmund die nördliche Ostsee überstrift, auch dort völlig wich. Am Wenden dagegen, wo sich die Winde nach Nordwesten gedreht hatten, sank das Thermometer von neuem, was nach drei Tagen ziemlich rasch auf sieben Grad unter Null sinken ließ. Die Temperaturerwartung für den Donnerstag, nachdem die städtischen Maxima von neuem über den Gefrierpunkt. Da dem von den britischen Inseln heranziehenden Maximum aber augenblicklich neue atlantische Winde auf dem Fuße folgten, so dürfte ganz Ähnlich wie vor drei Tagen einer kurzen Periode der Abkühlung wiederum Tauwetter folgen.

Wartowabend Halle-Stadt. Donnerstag nachm. 4 Uhr fand unter dem Vorsitz von Sup. Meinhof im Gemeindehaus St. Georgen eine Besprechung der Parrer von Halle über die Schulfrage statt. Der Leiter der Evangel. Schulgemeinde zu Halle, Studienrat Florke, referierte über die Entwicklung der hiesigen Schulgemeinde und gab weiterhin Mitteilungen für einen Ausbau von Elternräten, Bezirksvereinigungen und einem Reichslehrerbund. In diesem sind die Kräfte der evangelischen Gesamtbevölkerung in einer Hand zusammengefaßt, um sie jederzeit gegenüber der Volksschule zu stellen zu können. Die Besätze, in der sich die evangelische Schule befindet, würde zu dieser Maßnahme. Zeit dürfte nicht mehr verloren werden, um jede Schule als Reichslehrrat zu machen, ein einig taugliche Eltern gestellt werden, an die sich weiterhin die Freunde der evangelischen Schule angeschlossen können, um die ganze Bewegung zu vertiefen. Der Reichslehrerbund zählt bis jetzt etwa 1 Million Mitglieder. — P. Rühmer, der auf einem Auktions für die Schulfrage vorgedacht ist, verteidigt die Pläne dieser Einrichtungen und berichtigt die Erfahrungen an einer Schmeizer Paritätsschule. Dieser Schule war damals alles anders als ein Boden für das

Wachstum charaktervoller Menschen. Über die Jugend will Charakter. Deshalb muß ihr die evangelische Schule erhalten bleiben. Gen.-Sup. Dr. Soghter nahm an der Besprechung teil.

Der Religionslehre für Erwachsene, den der Stadtverband der Evangelischen Frauengilde im vorigen Jahre eingerichtet hat, wird auf nächstem Sonntag wieder aufgenommen. Einmal wöchentlich wird in jedem Quartier eine Unterredung mit Kindern gehalten, zu der auch Erwachsene geladen sind, um die Anregungen in die Häuser zu tragen und im Kreise der Familie zu verwirklichen. Es geht um das Wohl unserer Jugend, und das kann uns nur das Beste gut genug sein. Beginn des Besprechungs Dienstags, den 17. Januar, 4—5 1/2 Uhr, in der Kinderbesprechungsstelle Marienb. Str. 21, mit dem Thema: „Der Mensch und sein Gott“. Spätere Themen: „Der Verkehr mit Gott, der Tag des Herrn.“

Die Freunde der Christlichen Welt und der Bund für Religionsunterricht haben am Dienstag, den 17. Januar, nachm. 4 Uhr, in der Hofe ihren dritten Vortrag, den P. Wölgel halten wird über das Thema: „Wie haben wir im Heeresentzug mit der gegenwärtigen Kulturwissenschaft den Eintritt von Sünde, Übel und Tod in die Welt zu fassen?“ Gäste sind willkommen.

Gesellschaft. Zur Beilegung von Streitigkeiten wird darauf hingewiesen, daß Beratungsorgane (also z. B. Schlichtungsstellen), denen die Urteile des Magistrats beigelegt ist, von jeder der Streitparteien unentgeltlich unterzogen ist es zulässig, in den Bogen Änderungen und Zusätze zu machen, die die Beilegung, die Form und den Druck betreffen und solche Zusätze auch auf besonderen Zeilen anzubringen. Für sich verarbeitete Urchriften (Manuskripte) unterliegen nach wie vor der Gebühr für Schreibpapier. Manuskripte, wie sie Korrespondenzbüros an eine größere Zahl von Zeitungen zu versenden pflegen, unterliegen, sofern sie durch Buchdruck, Lithographie, Vervielfältigung, Chromographie oder ein ähnliches mechanisches Verfahren — nicht aber durch Schreibmaschine — vervielfältigt worden sind, nach wie vor nicht der Gebühr für Schreibpapier, sondern der Druckgebühr.

Bereit der PK und Reichspresse. Montag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, Bezirksversammlung im Vereinslokal „Städtischen Hauses“, Brandstr. 1. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Städtischer Schlichter-Gesellschaft. Städtischer Heimabend des Thüringisch-Sächsischen Heimatsvereins Dienstag, den 17. Januar 8 Uhr, Hölzstr. 17 des Melanchthonianums. Gäste willkommen.

Deutscher Rentnerbund, Erlangener Halle n. Umgegend. Am Freitag, den 20. Januar, nachm. 2 Uhr ordentliche Mitgliederversammlung, Aula, Stadtmagistrat, Söblichstr. 36. Tages- und Kassendebatte, Festsetzung des Mitgliederbeitrages, Ergänzungswahlen zum Vorstand, Berichtbeleg.

Eine Magia, und zwar dieser Art für Halle die erste, veranstaltete gestern Abend die hallische Schupo in Gemeinschaft mit der hiesigen Kriminalpolizei in dem Tanzlokal Wende, Martinsberg 6. Sämtliche Umkleekabinen — es handelte sich um circa 250 Personen — wurden per Kassettenwagen nach der Polizeihauptwache in der Drehschiffstraße geschafft. Bei derartigen Streifen, die in Berlin, in Leipzig und anderen Großstädten schon lang zur Tages- — oder sagen wir besser — Nachtordnung gehören, pflegen der Polizei meistens einige Leute, die von den Strafbehörden gefügt werden, in die Hände zu fallen.

Reisenergebnisse. Am 11. Jan. wurde auf dem Güterbahnhof von Ende 7 eine Kiste, enthaltend 75 Kisten und 100 Stück Zigarren Marke „Horizont“, Warennummer 402.001, gestohlen. Vor An an sind mehrere Mitteilungen über den Verbleib der Zigarren nimm die Kriminalpolizei, Bezirk 2, entgegen.

Dem Tage. Gestern mittag rück Edu Schuß und Gr. Ulrichs trabe ein Kassettenwagen mit einem Strohhalmwagen zusammen, wobei beide Wagen erheblich beschädigt wurden. Personen wurden nicht verletzt. Am gleichen Tage vorm. wurde in der Freiemeister Straße durch einen Kassettenwagen eine Gaslaternen umgefahren.

Königliche Nachrichten

für den 2. Sonntag n. Epiph., den 15. Januar. 11. 2. 10. Hofe, abends 6 Anoblaud.

Bekanntmachung.

Gemäß den Nachträgen III bis IX zu den Strom-fernersehungsabnahmen sind für die Monate Januar bis März 1922 für Wiederbelegung folgende Preise beim Gebirgs zu zahlen: 201 k.h. für die Kilowattstunde Kraftstrom (8 41) 436 k.h. für die Kilowattstunde Lichtstrom (8 41) 412 k.h. für die Kilowattstunde Lichtstrom für Wohnungen (8 41a) 38.40 M. Jahresgebühr für beide sechsmonatige Lampen in selbständigen Treppeneinstufungen 147.60 M. Jahresgebühr für jede 40 Wattlampe in Bauhallenlokalen. 5 a 11a, am 11. Januar 1922. Der Magistrat.







